



Kommunalpolitische Leitlinien für Düsseldorf

Ordentlicher Parteitag der SPD Düsseldorf, 20. Juni 2009, Freie Christliche Schule, Düsseldorf

**ZUPACKEND.
KOMPETENT.
SOZIAL.**



1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48

„Die Stadt Düsseldorf ist sehr schön, und wenn man in der Ferne an sie denkt und zufällig dort geboren ist, wird einem wunderbar zumute. Ich bin dort geboren, und es ist mir, als müßte ich gleich nach Hause gehn. Und wenn ich sage nach Hause gehn, so meine ich die Bolkerstraße und das Haus, worin ich geboren bin...“

aus: Heinrich Heine: Ideen. Das Buch Le Grand

(damit es so bleibt ...)

1 Düsseldorf ist eine großartige Stadt – **sozial**, leistungsstark, lebenswert. Darauf sind unsere
 2 Bürger und Bürgerinnen zu Recht stolz. Sie haben **aber** ein Recht darauf, dass für unsere Stadt
 3 und die Region eine gute Politik gemacht wird.

4
 5 Neue Herausforderungen verlangen neues Handeln: Finanzkrise, **drohende massive**
 6 **Arbeitsplatzverluste (Ä 2)** ökologischer Umbau, Wissensgesellschaft und demografischer
 7 Wandel. Sicherheit durch Umbau und Sicherheit im Umbau – das können nur wir. Düsseldorf
 8 muss wieder eine sozialdemokratische Stadt werden.

9
 10 Unsere Düsseldorfer Abgeordneten haben sich erfolgreich in der Bundesregierung und im
 11 Bundestag dafür eingesetzt, dass unsere Landeshauptstadt Düsseldorf 50 Mio. Euro aus dem
 12 Wirtschafts- und Konjunkturpaket der Bundesregierung erhält.

13
 14 Mit dem Konjunkturpaket verbinden wir für die kommenden Jahre eine soziale, ökologische
 15 und wirtschaftliche Modernisierung unserer Stadt.

16
 17 Deshalb setzt sich die SPD-Düsseldorf ein:

- 18
- 19 ■ Für einen Beschäftigungspakt, der der örtlichen Wirtschaft unbürokratisch hilft,
 20 bei Bürgschaften Sicherheiten gibt, gezielt Arbeitsplätze sichert sowie
 21 Qualifizierungs- Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen fördert.
 - 22 ■ Für eine zentrale Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung, in der Unternehmen,
 23 Gewerkschaften und Kammern zusammen arbeiten, Anregungen aufgreifen und
 24 Hilfsleistungen zu koordinieren.
 - 25 ■ Für eine bessere Zusammenarbeit in der Region. Städte und Gemeinden sollen
 26 sich wechselseitig helfen und ihre Kräfte bündeln.
 - 27 ■ Für eine verbesserte Zusammenarbeit mit den Banken, insbesondere mit der
 28 Sparkasse. Dabei geht es vor allem um die Sicherung des Mittelstandes mit
 29 Krediten, Überbrückungshilfen und Bürgschaften. insbesondere um für den
 30 Mittelstand Kredite zu sichern.
 - 31 ■ Für mehr finanzierbare und energetisch effiziente Wohnungen. Zugleich soll ein
 32 umfassendes Contracting Programm zur energetischen Modernisierung aufgelegt
 33 werden. Beispielhaft sind die Aktivitäten auf Bundesebene zwischen
 34 Bundesregierung, Mietervereinen und Wohnungsgesellschaften.
 - 35 ■ Für eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen, die die wirtschaftsnahe
 36 Infrastruktur verbessern und so den Standort Düsseldorf stärken. Dazu gehört
 37 insbesondere der Düsseldorfer Hafenbetrieb.
 - 38 ■ Für einen kommunalen Fonds für Arbeit und Umwelt. Damit kann auch die
 39 öffentliche Daseinsvorsorge bei Energie, Wasser und Mobilität verbessert
 40 werden.
 - 41 ■ Für eine Fachstelle für nachhaltige Entwicklung in Düsseldorf.
 - 42 ■ Für die Rekommunalisierung der Stadtwerke. Düsseldorf soll zur Modellstadt für
 43 nachhaltige Energieversorgung werden. Dazu zählt auch ein ehrgeiziger Ausbau
 44 der Kraft-Wärme-Kopplung.
 - 45 ■ Für eine Vorreiterrolle der Stadt Düsseldorf bei der ökologischen Modernisierung
 46 städtischer Einrichtungen und privater Gebäude.

- 1 ■ Für einen Wissenschaftsrat Düsseldorf, der die Kooperation mit den
2 wissenschaftlichen Einrichtungen in Stadt und Region verbessert und die
3 Umsetzung von Innovationen beschleunigt.
- 4 ■ Für die Verbesserung von sozialen Dienstleistungen, zum Beispiel Hilfen für ältere
5 und behinderte Menschen.
- 6 ■ Für einen Pakt mit dem Einzelhandel zur Einrichtung eines leistungsfähigen Hol-
7 und Bringdienstes.

10 **1. Unsere Kommunalpolitik will lebendige Demokratie und Toleranz**

11
12 In der Kommune erleben die Bürgerinnen und Bürger die Auswirkungen vieler gesellschaftlicher
13 und wirtschaftlicher Entwicklungen konkret und direkt. Auch Politik wird unmittelbar erfahrbar.
14 Sozialdemokratische Kommunalpolitik ist gelebte Demokratie. Sie lebt von der Mitwirkung und
15 Beteiligung aller Einwohnerinnen und Einwohner. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement
16 und müssen die Voraussetzungen dafür schaffen.

17
18 Deshalb werden wir

- 19
20 → Formen direkter Bürgerbeteiligung durch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide
21 unterstützen.
- 22
23 → die Bezirksvertretungen als Garanten für eine gute und bürgernahe Politik ernst
24 nehmen. Ihre Anhörungs-, Informations- und Vorschlagsrechte sichern die
25 Berücksichtigung der stadtteilbezogenen Belange. Darum müssen ihr Budgetrecht und
26 ihre Entscheidungsrechte ausgeweitet werden.
- 27
28 → auf Anregungen und Kritik nicht verzichten. Jugendrat, Senioren- und Ausländerbeirat
29 sind Instrumente kommunaler Demokratie. Jugendliche werden so an demokratische
30 Entscheidungsstrukturen herangeführt. Das Erfahrungswissen älterer Menschen ist
31 unverzichtbar. Der Ausländerbeirat muss zu einem Integrationsausschuss mit
32 Entscheidungskompetenz werden.
- 33
34 → Stadtplanung als offenen Prozess verstehen und die Bürgerinnen und Bürger von
35 Anfang an in die Planungsprozesse mit einbeziehen. Das setzt eine bessere
36 Kommunikationskultur aller am Prozess Beteiligten voraus.
- 37
38 → wir den Bürgerinnen und Bürger mehr Mitsprache bei der Verwendung städtischer
39 Finanzmittel ermöglichen. Dies gilt vor allem für die in den Bezirken, also vor Ort,
40 notwendigen Finanzentscheidungen. Wir fordern die Erstellung eines Konzepts, einen
41 „Bürgerhaushalt“ auch für Düsseldorf aufstellen zu können.“ (Ä2)
- 42
43 → auf der kommunalen Ebene die Zivilgesellschaft fördern und unterstützen. Wir
44 ermutigen zu ehrenamtlichem Engagement durch materielle Förderung und
45 gesellschaftliche Anerkennung. Wir wollen Freiwilligenarbeit durch „Ehrenamtsfonds“
46 und Angebote zur Fortbildung in einer „Akademie zur Förderung des Ehrenamtes“
47 stärken. Düsseldorf braucht eine trägerübergreifende koordinierende Fachstelle für
48 bürgerschaftliches Engagement.
- 49
50 → die „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler
51 Ebene“ unterzeichnen und für deren Umsetzung sorgen.

1 → die Lebenswirklichkeit von Schwulen und Lesben wahrnehmen und ihre Interessen
2 gleichberechtigt anerkennen. Wir unterstützen sie mit speziellen Hilfsangeboten in allen
3 Bereichen, in denen sie mit besonderen Problemen zu kämpfen haben.

4
5 → Wir fordern ein Gremium für Migrantinnen und Migranten, das deren Mitbestimmung
6 gewährleistet und echte Entscheidungskompetenz hat.

9 **2. Unsere Kommunalpolitik fördert Chancengleichheit in Erziehung, Bildung 10 und Betreuung**

11
12 In Düsseldorf leben rund 88.000 junge Menschen unter 18 Jahren in unterschiedlichen sozialen
13 Zusammenhängen. Sie sind die Zukunft unserer Gesellschaft und unserer Stadt. Wir wollen,
14 dass alle Kinder und Jugendlichen – unabhängig von ihrer Herkunft – die gleichen
15 Möglichkeiten haben, gesund, glücklich und gebildet aufzuwachsen. Ebenso wollen wir allen
16 Eltern ermöglichen, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Nicht alle Voraussetzungen
17 dafür liegen in der Hand der Kommune. Aber wir können viele Weichen von Anfang an richtig
18 stellen und Düsseldorf zu einer familien- und kinderfreundlichen Stadt machen.

19
20 Deshalb werden wir

21
22 → das Wohl der Kinder von Anfang an sichern und Mütter und Väter nicht mit ihrer
23 Erziehungsverantwortung alleine lassen. Wir wollen die Kooperationsnetzwerke und
24 Hilfsangebote aller beteiligten Stellen von Beginn der Schwangerschaft an weiter
25 ausbauen (z.B. Hebammen, Kinderärztinnen und -ärzte und Erzieherinnen und Erzieher,
26 Lehrkräfte).

27
28 → für Familien ein weit gefächertes Beratungsangebot in den Stadtteilen schaffen. Neben
29 allgemeiner Erziehungsberatung soll Gesundheits- und Ernährungsberatung vor Ort
30 angeboten werden. Vorsorgeuntersuchungen werden wieder in allen
31 Kindertagesstätten eingeführt. Sie sind Grundlage für die Gesundheit der Kinder und
32 liefern notwendige Handlungsempfehlungen.

33
34 → Düsseldorf zu einer Stadt machen, in der Familien mit Kindern ein Zuhause finden, in
35 der Kinderfreundlichkeit groß geschrieben und das Zusammenleben aller Generationen
36 möglich wird. Dazu gehören bezahlbarer Wohnraum, ein kindgerechtes Umfeld mit
37 Spiel- und Sportmöglichkeiten, ausreichende Betreuungsangebote, gute Schulen sowie
38 sichere Schul- und Radwege.

39
40 → Betreuungsplätze für alle Kinder im Alter von unter drei Jahren zur Verfügung stellen.
41 Für alle Altersgruppen sind verlässliche Betreuungsangebote mit flexiblen
42 Öffnungszeiten notwendig. Diese müssen sich am Bedarf der Familien orientieren.

43
44 → ~~die Beitragsfreiheit im Elementarbereich umsetzen und die Elternbeiträge in der~~
45 ~~Betreuung der unter 3-Jährigen abschaffen.~~

46
47 → **kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule umsetzen. Wir schaffen die**
48 **Beiträge im Elementarbereich und die Elternbeiträge in der Betreuung der 3-**
49 **Jährigen ab**

50
51 → uns für kleine Kindertagesstättengruppen zur optimalen Förderung unserer Kinder
52 einsetzen. Das heißt, dass in Familiengruppen nicht mehr als 15, in
53 Kindertagesstättengruppen für 3 bis 6 jährige nicht mehr als 20 Kinder betreut

1 werden. Damit gehen sowohl die entsprechende personelle Ausstattung als auch eine
2 leistungs- und qualifikationsgerechte Bezahlung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen
3 einher.

4
5 → uns auf allen Ebenen stark machen für eine dem europäischen Standard entsprechende
6 Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher sowie eine angemessene Bezahlung.

7
8 → uns um ein qualitätsvolles Fort- und Weiterbildungsangebot für die in den Einrichtungen
9 arbeitenden pädagogischen Fachkräfte kümmern, weil die Anforderungen an die
10 Elementarbildung gestiegen sind.

11
12 → den Kindertageseinrichtungen beim Ausbau ihrer Qualitäten in Bezug auf die Sprach-
13 und Gesundheitsförderung helfen. Sprachförderung muss frühzeitig und gezielt
14 beginnen und personell abgesichert werden.

15
16 → Kinder mit Behinderungen an Kindertageseinrichtungen und Schulen integrieren.
17 Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei zugänglich und nutzbar sein.

18
19 → die kommunalen Bildungsausgaben nicht an die rückläufigen Schülerzahlen anpassen
20 und somit künftig mehr Geld für jeden Schüler und jede Schülerin zur Verfügung stellen.

21
22 → die offene Ganztagschule bedarfsgerecht in allen Stadtteilen ausbauen. Wir werden
23 die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten auch für die Sekundarstufe I
24 vorantreiben.

25
26 → eine weitere Gesamtschule errichten, um der großen Nachfrage der Eltern für diese
27 Schulform, die über das derzeitige Angebot hinausgeht, gerecht zu werden.
28 (Ä3).

29
30 → für eine qualifizierte und kostenfreie Hausaufgaben- und Lernhilfe im schulischen
31 Rahmen sorgen.

32
33 → ein warmes und qualitativ hochwertiges Essen am Tag für jedes Kind sicher- stellen. Wir
34 schaffen im Rahmen der Ganztagsbetreuung die Voraussetzungen dafür und fordern
35 die dazu notwendige Unterstützung vom Land ein. Kein Kind soll aus finanziellen
36 Gründen vom gemeinsamen Mittagessen ausgeschlossen werden.

37
38 → zur Unterstützung von Kindern und deren Familien ein bedarfsorientiertes Angebot von
39 Schulsozialarbeit in allen Schulformen anbieten, das nicht auf Kosten von Lehrerstellen
40 eingerichtet wird.

41
42 → Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie Schulen entsprechend der Sozialstruktur im
43 Stadtteil fördern und zu Bildungslandschaften ausbauen. So werden Benachteiligungen
44 ausgeglichen. Dies erfordert sowohl mehr Sach- als auch Personalausstattung.

45
46 → uns für den Ausbau der Anti-Gewaltprojekte an den Schulen einsetzen.

47
48 → der Jugend(verbands-)arbeit wieder einen größeren Stellenwert geben. Jugendliche
49 brauchen Orte, an denen sie sich treffen, ihre Freizeit gestalten und selbstbestimmt ihre
50 Interessen vertreten können. Sie brauchen erwachsene Lebensbegleiter und Beratung
51 und Hilfe in schwierigen Lebenslagen.

52

- 1 → die Straßensozialarbeit, insbesondere für die Zielgruppe der Jugendlichen,
2 weiterentwickeln.
3
- 4 → unsere Berufskollegs zu Kompetenzzentren beruflicher und dualer Bildung und
5 Weiterbildung entwickeln.
6
- 7 → den Stellenwert der Weiterbildung insgesamt durch unsere Volkshochschule fördern und
8 ihre materielle und personelle Ausstattung sichern.
9
- 10 → Studierenden mit Erstwohnsitz in Düsseldorf die Möglichkeit eines langfristigen
11 Praktikums in der kommunalen Verwaltung bieten, um Berufserfahrung zu erwerben.
12 Wir übernehmen dafür in dieser Zeit ihre Studiengebühren, solange diese auf
13 Landesebene nicht abgeschafft sind.
14
- 15 → Bund und Land in die Pflicht nehmen, die Kommunen so zu unterstützen, dass sie ihrem
16 öffentlichen Bildungsauftrag entsprechen können.
17
18

19 3. Unsere Kommunalpolitik gestaltet die soziale Stadt

20
21 Düsseldorf ist eine wohlhabende Stadt. Dieser Wohlstand ist nicht allein durch die
22 wirtschaftliche und finanzielle Stärke Düsseldorfs gekennzeichnet. Zum Wohlstand trägt
23 besonders die Fähigkeit zur Integration aller Mitbürgerinnen und Mitbürger bei, egal welcher
24 Schichten, welchen Alters, welchen gesundheitlichen Zustandes und welcher Herkunft. Die SPD
25 Düsseldorf ist für eine moderne Sozialpolitik, die den Herausforderungen des
26 demographischen Wandels gerecht wird, Armut und Krankheit vorbeugt sowie die Teilhabe
27 aller am gesellschaftlichen Leben fördert.
28

29 Deshalb werden wir

- 30
31 → die „zentren plus“ in ihrer Qualität weiterentwickeln. Sie sollen einen umfassenden
32 Service für ältere und behinderte Menschen anbieten und eine Lotsenfunktion bei
33 Behörden und Institutionen wahrnehmen.
34
- 35 → den Bezirkssozialdienst personell ausbauen. Hilfe für Bürgerinnen und Bürger muss vor
36 Ort koordiniert und gestaltet werden. Somit ist individuelle Förderung von
37 Hilfsbedürftigen möglich.
38
- 39 → zeitgemäße Wohnformen für Seniorinnen und Senioren fördern. Dies auch in
40 Verbindung mit Dienstleistungen. Zusätzlich zu traditionellen Formen des Wohnens
41 machen wir uns stark für Generationen übergreifendes Wohnen und für das
42 gemeinschaftliche Wohnen älterer Menschen.
43
- 44 → ein Konzept „Barrierefreies Düsseldorf“ fordern. Alle Düsseldorferinnen und
45 Düsseldorfer, egal ob jung, alt, gesund oder krank sollen ohne vermeidbare
46 Hindernisse den Alltag bewältigen können.
47
- 48 → das Engagement des Seniorenbeirats durch einen personellen Ausbau seiner
49 Geschäftsstelle weiter stärken.
50
- 51 → uns aktiv gegen Armut in unserer Stadt einsetzen. Die SPD wird ein regelmäßiges
52 Berichtswesen über Armut in unserer Stadt einführen, um gezielt Gegenmaßnahmen
53 ergreifen zu können. Darüber hinaus werden wir einen „Runden Tisch Armut“ einsetzen.

1 Auch durch eine verbesserte Zusammenarbeit von Politik, Verbänden, Vereinen,
2 Bevölkerung und Verwaltung kann soziale Not wirkungsvoll gelindert werden.

3
4 → die Angebote des „Düsselpasses“ ausbauen und verbessern.

5
6 → ein kostengünstiges Sozialticket einführen. Das sichert Mobilität für alle
7 Bevölkerungsschichten und ermöglicht ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

8
9 → die Stadtteile beleben. Konkret werden **kostengünstige** Treffpunkte für Vereine,
10 Brauchtum, Verbände, Initiativen geschaffen und so die Stadteilkultur gestützt und
11 gefördert. **Dabei sollen die vorhandenen Bürgerhäuser in Düsseldorf ausgebaut**
12 **werden. (Ä2)**

13 →

14
15 → dafür arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrem Stadtteil einkaufen können.
16 Wir wollen verhindern, dass Stadtteile veröden, kleinere Geschäfte schließen und
17 Arbeitsplätze verloren gehen. Daher wollen wir die Belebung der Geschäftsstraßen in
18 allen Stadtteilen. Eine Möglichkeit hierfür ist die Einrichtung von Cap-Märkten:
19 Supermärkte mit Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen.

20
21 → mit den Stadtwerken einen günstigen Tarif für die Grundversorgung mit Strom und Gas
22 vereinbaren. Der Tarif für den darüber hinausgehenden Verbrauch soll so gestaltet
23 werden, dass er einen Anreiz zum Sparen bietet.

24
25 → mit dem Einzelhandel die Einrichtung eines leistungsfähigen Liefer-, Hol- und
26 Bringdienstes vereinbaren, speziell für ältere und behinderte Mitbürgerinnen und
27 Mitbürger.

28
29 → den Wohnungsbau fördern und bezahlbaren attraktiven Wohnraum vor allem für junge
30 Familien schaffen. Wir wollen planerisch neue Wege gehen und Quartiere schaffen, in
31 denen sich die Menschen wohl fühlen. Dazu **gehört bezahlbare Grundstücke für**
32 **Einfamilienhäuser ebenso wie auch** die Förderung des barrierefreien Umbaus von
33 älteren Wohnhäusern.

34
35 → die wohnortnahe Umwelt schützen. Menschen brauchen Raum zum Wohnen, Arbeiten
36 und zur Erholung. Parks, Plätze und Grünflächen haben für die Gesundheit und das
37 Wohlbefinden eine wichtige Funktion. Kleingärten sind Erholungsorte und ein
38 unverzichtbares Gut in unserer Stadt.

41 **4. Unsere Kommunalpolitik nimmt Verantwortung wahr**

42
43 Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben einen umfassenden Begriff von
44 kommunaler Daseinsvorsorge, der auch soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben umfasst.

45
46 Jeder Düsseldorfer Bürger und jede Bürgerin muss unabhängig vom Einkommen Zugang zu den
47 Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben. Deshalb muss die öffentliche
48 Eigentümerstruktur gestärkt werden. Nur so kann der Einfluss auf Kernbereiche der
49 Daseinsvorsorge sichergestellt werden.

50
51 Wir lehnen daher das Motto von CDU und FDP „Privat vor Staat“ ab. Die kommunale
52 Daseinsvorsorge ist gefährdet, wenn sie von unseriösen Investoren abhängt. Gerade heute
53 zeigt sich deutlich, welche dramatischen Fehlentwicklungen bei „Privat vor Staat“ entstehen.

1
2 Wir wollen

- 3
4 → eine starke Stadtparkasse ohne private Eigentümer. Nur so ist Geld sicher angelegt
5 und die Kreditversorgung der mittelständischen Unternehmen gewährleistet. Brauchtum,
6 Sport, Kunst, Schulen und wohltätige Einrichtungen erhalten durch die Stadtparkasse
7 vielfältige Unterstützung.
8
9 → den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zum Wohl der Menschen in Düsseldorf und
10 dem Umland. Die Rheinbahn transportiert täglich 700.000 Fahrgäste und muss ein
11 städtisches Unternehmen bleiben.
12
13 → eine kommunale Mehrheit an den Stadtwerken. Nur so lassen sich soziale und
14 umweltpolitische Ziele ohne Schielen auf die Rendite verwirklichen. 100.000
15 Bürgerinnen und Bürger haben 2006 durch das Bürgerbegehren gezeigt, dass sie der
16 gleichen Meinung sind. CDU und FDP haben diesen Willen missachtet und die Mehrheit
17 der Anteile der Stadtwerke verkauft.
18
19 → kommunale Verantwortung auch für Gesundheit und Pflege. Deshalb müssen städtische
20 Kliniken und Altenheime erhalten bleiben. Die SPD Düsseldorf hat gegen die
21 Privatisierung von Kliniken und Altenheimen gekämpft. Ziel der SPD ist die Rückführung
22 der ehemaligen Kliniken und Altenheime in das Eigentum der Stadt.
23
24 → große Wohnungsbestände, die in die Hände von Spekulanten geraten sind, durch die
25 Städtische Wohnungsgesellschaft übernehmen. So ermöglichen wir dauerhaft
26 preiswerten Wohnraum in sanierten Häusern.
27
28 → dass die Fremdvergabe nicht ausgeweitet und städtische Aufgaben nicht weiter
29 ausgegliedert werden.
30
31

32 **5. Unsere Kommunalpolitik fördert gute Arbeit und stabile Wirtschaft**

33
34 Schrankenloses Profitdenken, unverantwortliches Handeln und die Gier von Spekulanten haben
35 auch in unserer Stadt tausende von Arbeitsplätzen vernichtet und unzumutbare
36 Arbeitsverhältnisse geschaffen. Das muss sich ändern.

37
38 Basis sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist die Sicherung der sozialen Grundlage durch die
39 Schaffung und den Erhalt von Arbeitsplätzen.

40
41 Die SPD-Düsseldorf setzt sich ein:

- 42
43 → Für die Schaffung regulärer Arbeitsplätze in der Kommune, um die notwendigen
44 öffentlichen Aufgaben zu erledigen. Die erste Bilanz der 1-Euro-Jobs zeigt, dass diese
45 zu einem großen Teil reguläre Arbeitsplätze ersetzen und zur Eingliederung in den
46 ersten Arbeitsmarkt nicht geeignet sind.
47
48 → Für eine öffentliche Auftragsvergabe, die Dumpinglöhne verhindert. Ausführende
49 Unternehmens und Subunternehmen müssen sich an geltende Tarifverträge halten.
50
51 → Für einen Beschäftigungspakt, der der örtlichen Wirtschaft unbürokratisch hilft, gezielt
52 Arbeitsplätze sichert sowie Qualifizierungs-, Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
53 fördert.

- 1
2 → Für eine zentrale Geschäftsstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen und
3 Gewerkschaften, um Anregungen aufzugreifen und Hilfsleistungen zu koordinieren, in
4 der auch die Kammern und die Gewerkschaften beteiligt werden.
5
6 → Für eine bessere Zusammenarbeit in der Region, damit sich die Städte und Gemeinden
7 wechselseitig helfen und die Kräfte bündeln.
8
9 → Für mehr finanzierbare und energetisch effiziente Wohnungen. Die Stadt muss Bürger
10 und Bürgerinnen über die vielfältigen Finanzierungsmöglichkeiten beraten.
11
12 → Für die Weiterentwicklung des Flughafens unter Einbeziehung der Anwohnerinteressen.
13 Mit ca. 17.000 direkten und ca. 50.000 mittelbar vom Flughafen abhängigen
14 Arbeitsplätzen ist er einer der wichtigsten Beschäftigungsstandorte.
15
16 → Für eine beschleunigte Umsetzung der Maßnahmen, die die wirtschaftsnahe
17 Infrastruktur verbessern. Dazu gehört zum Beispiel die Anbindung des Reisholzer
18 Hafens an das Industriegebiet und des Mercedes-Werkes an den nördlichen Zubringer.
19
20 → Für die Sicherung des Industriestandortes Düsseldorf. Zur Sicherung und Ansiedlung von
21 Gewerbe müssen entsprechende Flächen ausgewiesen und die erforderliche
22 Infrastruktur geschaffen werden. So müssen z. B. der Düsseldorfer Hafen und das
23 ehemalige Thyssen Gelände an der Paulsmühlenstraße als Gewerbegebiete erhalten
24 werden. Düsseldorf ist der zweitgrößte Industriestandort in NRW, und das soll so
25 bleiben.
26
27 → Für einen kommunalen Fonds für Arbeit und Umwelt, dies auch zur Verbesserung der
28 öffentlichen Daseinsvorsorge bei Energie, Wasser und Mobilität. Für eine unabhängige
29 Energieversorgung der Stadt muss der Energiestandort Düsseldorf gesichert werden.
30
31 → Für die Erhöhung der Ausbildungsquote in der Stadtverwaltung auf 7%. Die
32 Berufsbilder müssen arbeitsmarktorientiert sein, damit die Auszubildenden nach
33 erfolgreichem Abschluss einen dauerhaften Arbeitsplatz innerhalb oder außerhalb der
34 Stadtverwaltung finden.
35
36 → Für eine stärkere Vernetzung von Universität, Stadt und Wirtschaft durch vielfältige
37 Kooperationen. Im Bildungssektor spielen die Düsseldorfer Hochschulen eine
38 entscheidende Rolle. Ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen sind gut
39 ausgebildete Beschäftigte. Die Hochschulen sind selbst wichtige Arbeitgeber. Hierbei
40 kommt dem einzurichtenden Wissenschaftsrat Düsseldorf eine bedeutende Rolle zu.
41
42

43 **6. Unsere Kommunalpolitik fördert Mobilität mit weniger Verkehr**

44
45 Unsere Verkehrspolitik sorgt für weniger Verkehr, bessere Mobilität und mehr Umweltschutz in
46 Düsseldorf. Wir begreifen die wirtschaftlichen Umbrüche als Chance zur notwendigen
47 Veränderung der Transport-Technologien und zur Modernisierung der Kommunikations-
48 Technologien für ein zukunftsfähiges Verkehrssystem.
49

50 Deshalb werden wir

- 51
52 → mit einer integrierten Stadt- und Verkehrsplanung die Vorrangpolitik für den mo-
53 torisierten Individualverkehr der letzten Jahre beenden.

- 1
2 → mit einer Ressourcen schonenden Verkehrspolitik den Folgen des Klimawandels vor Ort
3 entgegen wirken.
4
5 → die Grundlagen für einen dauerhaft stadtverträglichen innerstädtischen Verkehr
6 schaffen, der für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt.
7
8 → in Zukunft keine Stadtautobahnen bauen, die noch mehr Verkehr in die Stadt leiten.
9 Derartige Planungen, z.B. der L 404n, werden wir einstellen. Überbreite Straßen
10 zurückbauen, um für die Fußgänger wieder Platz zum Flanieren zu schaffen.
11
12 → innerstädtisch keine neuen Tunnel bauen, die zusätzlichen Verkehr in die Innenstadt
13 bringen.
14
15 → stadtverträgliche Konzepte zur Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs entwickeln.
16
17 → mehr Quartiersgaragen bereit stellen, die den Anwohnern in den Stadtteilen durch eine
18 hochwertige Wohnumfeldgestaltung mehr Lebensqualität bieten.
19
20 → in den Wohnvierteln verbesserte Voraussetzungen für die Nutzung des Carsharing
21 schaffen.
22
23 → mit deutlich besseren Angeboten bei Bussen und Straßenbahnen für mehr Mobilität bei
24 verringertem motorisiertem Individualverkehr sorgen.
25
26 → ein Nahverkehrskonzept aufstellen, das die schnelle und zuverlässige Anbindung der
27 Stadtteile am Stadtrand an die Innenstadt gewährleistet. (Ä1)
28
29 → sicherstellen, dass alle Stadtteile vor allem am Wochenende auch nachts per Bus oder
30 Straßenbahn erreichbar sind. (Ä1)
31
32 → eine direkte ÖPNV-Verbindung auch aus den östlichen und südlichen Stadtteilen zur
33 Universität schaffen.
34
35 → die Einsparungen der Rheinbahn nicht für die Stadtkasse zur Verfügung stellen, sondern
36 für eine Angebotsverbesserung im öffentlichen Personennahverkehr.
37
38 → an den Stadtbahnstrecken den Bau von Hochbahnsteigen beschleunigen, die besonders
39 Menschen mit Mobilitätseinschränkungen die Nutzung dieser Bahnen ermöglicht.
40
41 → die regionale Vernetzung des öffentlichen Personennahverkehrs über die Stadtgrenzen
42 hinaus verbessern, damit möglichst viele Menschen auf direktem Wege mit Bussen und
43 Straßenbahnen bis in die Innenstadt fahren können.
44
45 → uns für den Erhalt des Regionalbahnhofes Benrath einsetzen. (Ä2)
46
47 → Messe und Flughafen besser an den Nahverkehr anbinden und die Rheinquerung
48 verwirklichen.
49
50 → Park- und Ride-Parkplätze in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen errichten.
51
52 → die Grundlagen für eine effiziente Fahrradförderung schaffen, damit Düsseldorf dem
53 Titel „Fahrradfreundliche Stadt“ endlich gerecht wird.

- 1
2 → den Umstieg vom Fahrrad in Busse und Straßenbahnen durch mehr Fahrrad-
3 abstellanlagen deutlich verbessern.
4
5 → das Fahrradwegenetz schneller und besser vernetzt ausbauen, damit Fahrradfahrer
6 auf kurzen Wegen sicher zum Ziel kommen.
7
8 → den Ausbau von Radfahrstreifen an Hauptverkehrsstraßen verstärken, damit Radfahrer
9 direkt und ohne Umwege ihre Ziele in der Stadt erreichen.
10
11 → die Radwegeverbindungen zwischen Wohnungen und Naherholungsgebieten ausbauen,
12 damit die Fahrt ins Grüne umweltverträglich möglich ist.
13
14 → den Radverkehr bei allen Verkehrsprojekten gleichwertig berücksichtigen und
15 ausbauen.
16
17 → die rechtlichen Grundlagen dafür schaffen, dass bei jedem Hochbauvorhaben neben
18 Autoabstellplätzen auch abschließbare Fahrradabstellplätze gebaut werden müssen.
19
20 → innovative Mobilitätsangebote für einen nachhaltig urbanen Lebensraum entwickeln.
21
22 → Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm forcieren, soweit dies in der kommunalen
23 Zuständigkeit möglich ist. Dazu gehören auch der verstärkte Einbau von
24 lärminderndem Flüsteraspalt sowie die Begrünung von Gleisbereichen. Soweit diese
25 Maßnahmen in die Zuständigkeit von Bund und Land fallen, werden wir dort auf ihre
26 Umsetzung drängen.
27
28

29 **7. Unsere Kommunalpolitik ist nachhaltige Umweltpolitik**

30 **Düsseldorf – zur Modellstadt für nachhaltige Energiepolitik entwickeln**

31
32 Düsseldorf als reiche Stadt mit starker internationaler Ausrichtung muss sich seiner
33 Verantwortung für den Klimaschutz stellen. Ökonomie und Ökologie dürfen nicht mehr als
34 Widerspruch verstanden werden. Sie sind gleichrangige elementare Pfeiler für eine
35 nachhaltige Entwicklung. Wir übernehmen damit Verantwortung für die heute lebenden
36 Menschen und für kommende Generationen. Deshalb wird die SPD Düsseldorf zu einer
37 Modellstadt für nachhaltige Energiepolitik entwickeln. Das ist aktiver Klimaschutz mit weniger
38 Abgasen und Lärm, sichert Arbeitsplätze, fördert das Image der Stadt und wirkt vorbildhaft in
39 die Region.
40

41 Unsere Ziele sind:

- 42
43 → Reduzierung des Energieeinsatzes um 25 Prozent.
44
45 → Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien am Verbrauch auf 20 Prozent.
46
47 → Senkung des spezifischen CO₂-Ausstoß der privaten und industriellen Verbraucher
48 sowie des Verkehrs, um mindestens 30 Prozent.
49
50 → Erhaltung der zentralen Strom- und Wärmeversorgung und Ausbau der Kraft-Wärme-
51 Kopplung (KWK).
52
53

1 Hierzu werden wir

- 2
- 3 → die Nutzung von Fernwärme und Geothermie durch die Ausweisung von
- 4 Vorranggebieten fördern.
- 5
- 6 → in Neubaugebieten die nicht ans Fernwärmenetz angeschlossen werden können,
- 7 Vorranggebiete für KWK (Nahwärmeinseln) ausweisen.
- 8
- 9 → öffentliche Dachflächen für die Installation von Fotovoltaik und Solaranlagen freigeben
- 10 und für die zusätzliche Freigabe auf privaten Gebäuden werben.
- 11
- 12 → die öffentlichen Gebäude schnellstmöglich energetisch sanieren. Das hat Signalwirkung
- 13 in den Büro- und Wohnungsmarkt und senkt die Kosten für den Energiebedarf.
- 14
- 15 → bei der städtischen Wohnungsgesellschaft die energetische Sanierung des
- 16 Wohnungsbestandes forcieren. Das senkt die Energiekosten für Mieter und wirkt
- 17 vorbildhaft in den privaten Wohnungsmarkt.
- 18
- 19 → die Energieversorgung der Straßenbeleuchtung, mit Ausnahme der historischen
- 20 Leuchten, auf energiesparende Beleuchtung umstellen.
- 21
- 22 → den städtischen Fuhrpark auf umweltfreundliche Fahrzeuge umstellen.
- 23
- 24 → auf den Ersatz des alten Blocks E im Kraftwerk Lausward durch einen modernen Block
- 25 mit hohem KWK Anteil, unter Verzicht auf Kohle, als Energieträger drängen.
- 26

27 Die aufgezeigten Maßnahmen erfordern große Kraftanstrengungen. Zum Teil wurden sie

28 bereits beschlossen, aber eine konsequente Umsetzung steht aus. Wir werden die notwendigen

29 finanziellen und personellen Ressourcen bereitstellen und für eine zügige Umsetzung sorgen.

30

31

32 **8. Unsere Kommunalpolitik will Kultur für alle**

33

34 Kultur ist das Lebenselixier unserer Stadt. Sie fördert die Lebensqualität in den Stadtteilen und

35 ist für die Teilhabe der Düsseldorferinnen und Düsseldorfer am gesellschaftlichen Leben

36 unverzichtbar. Wir wollen, dass alle Menschen am kulturellen Leben teilnehmen können, egal

37 welchen Alters und welcher Herkunft. Düsseldorf verfügt über ein breites und hochwertiges

38 kulturelles Angebot und wir werden das kreative Klima in unserer Stadt stärken. Deshalb ist uns

39 wichtig, dass die Düsseldorfer Kultureinrichtungen ihre große internationale Anerkennung und

40 Ausstrahlung behalten und ausbauen.

41 Kultur schafft Arbeitsplätze und trägt zum Wohlstand unserer Stadt bei. Deshalb betrachten

42 wir Kulturförderung als Investition in die Zukunft und nicht als bloße Subvention.

43 Für die Düsseldorfer SPD ist die kulturelle Teilhabe unserer Kinder und Jugendlichen

44 wesentliches Element ihrer positiven Entwicklung. Dabei ist klar: Jugendkultur kann nicht aus

45 dem Stadtrat entstehen. Sie muss aus der Düsseldorfer Jugend kommen. Dafür ist eine

46 Infrastruktur zu schaffen, die die Jugendlichen zur Verwirklichung ihrer Ideen nutzen können.

47

48

49 Um diese Ziele zu erreichen, werden wir

50

- 51 → die kulturelle Infrastruktur fördern und städtische Institute nicht privatisieren. Die SPD
- 52 versteht Kultur als einen Grundpfeiler der Demokratie. Deshalb muss auch die Kommune

1 die Bildung der Bürgerinnen und Bürger durch Kultur als eine ihrer Hauptaufgaben
2 begreifen.

3
4 → Kinder früh an kultureller Bildung beteiligen. Ihr kreatives Schaffen muss durch
5 vielfältige Angebote gefördert werden. Hierzu zählen Musikschulen und Kunstschulen.
6 Deshalb wird die SPD ein Programm auflegen, das jedem Kind in unserer Stadt
7 ermöglicht ein Instrument zu erlernen.

8
9 → über die Einführung eines Jugendförderpreises Anreize schaffen, dass Kinder und
10 Jugendliche ihre schöpferischen und ästhetischen Fähigkeiten weiterentwickeln.

11
12 → die Stadtteilbüchereien erhalten und ausbauen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum
13 kulturellen Leben in unseren Stadtteilen.

14
15 → mehr Raum für Kunst und kulturelles Leben schaffen. Konkret bedeutet dies zum Beispiel
16 den Ausbau des städtischen Angebots an kostengünstigen Künstlerateliers und
17 Musikproberäumen. So werden wir Kulturschaffenden ein attraktives Umfeld bieten und
18 ihr Abwandern in die Region verhindern.

19
20 → eine vergünstigte Artcard für Studierende schaffen, weil die Stadt auf kreative
21 Arbeitskräfte angewiesen ist. Wir erleichtern jungen Akademikerinnen und
22 Akademikern den Besuch der Düsseldorfer Kulturinstitute.

23
24 → den gezielten Aufbau von Netzwerken und Clustern in der Kultur fördern und den
25 Austausch zwischen den Kulturschaffenden beleben. Kreativwirtschaft – z.B. auch
26 Mode, Design, Medien – muss stärker als bisher in den Fokus der Wirtschaftsförderung
27 gestellt werden.

28
29 → ein kulturelles Angebot für alle Menschen in unserer Stadt ermöglichen. Neben der
30 klassischen Hochkultur müssen alle Formen des künstlerischen Ausdrucks einen Platz in
31 unserer Gesellschaft finden. Besonders der Bereich der interkulturellen Zusammenarbeit
32 muss einen hohen Stellenwert in der Kulturpolitik haben.

33
34 → neben den großen kulturellen Events der Stadt die Kulturschaffenden in den Stadtteilen
35 unterstützen. So sichern wir auch älteren Menschen die kulturelle Teilhabe.

36
37 → verstärkt die gewachsenen und die sich entwickelnden subkulturellen Szenen
38 unterstützen. Anders als CDU und FDP wollen wir, neben Massenevents, starke,
39 facettenreiche und kreative Kultur in Düsseldorf fördern.

40
41 → Räume für die Entwicklung der Jugendkultur zur Verfügung stellen. Möglich ist das z.B.
42 im Rahmen eines Jugendkulturzentrums oder durch die Zwischennutzung von
43 Außenräumen. Wesentlich ist ein größtmöglicher Gestaltungsspielraum, der die
44 Entwicklung einer aktiven, eigendynamischen und vielfältigen Jugendkultur ermöglicht.
45 Dabei muss die Sicherheit der Jugendlichen gewährleistet und der Missbrauch der
46 Einrichtungen verhindert werden.

47 48 49 **9. Unsere Kommunalpolitik unterstützt Sport und Gesundheit.**

50
51 Sport spielt in Düsseldorf mit seiner Vielfalt eine zentrale Rolle. Er ist gewichtiger Bestandteil der
52 kommunalen Daseinsvorsorge.

1 In Düsseldorf sind 110.000 Menschen Mitglieder in 370 Sportvereinen und 80
2 Betriebssportgemeinschaften. Darunter sind 28.000 Kinder und Jugendliche. Tausende davon
3 sind ehrenamtlich aktiv z.B. als Übungsleiter und Betreuer. Diese zentrale Ressource der
4 Sportvereine verlangt eine zeitgemäße Förderung des Ehrenamtes. Die SPD Düsseldorf wird
5 das Engagement dieser Bürgerinnen und Bürger durch ihre Kommunalpolitik unterstützen.

6
7 Sport ist Teil einer integrierten Stadtentwicklungspolitik und fließt somit in die Bauplanungs-,
8 Verkehrs-, Wohnungs-, Jugend-, Bildungs-, Sozial-, Gesundheits- und Kulturpolitik ein. Aus
9 diesen Schnittmengen können sich zahlreiche wechselseitig unterstützende Initiativen entwickeln.

10
11 Der demografische Wandel verlangt neue Konzepte für lebenslange sportliche Aktivität.

12
13 Sport ist für die meisten Menschen Freizeitgestaltung. Er ist aber auch Gesundheitsvorsorge und
14 entspricht dem Wunsch nach körperlicher Betätigung, Selbsterfahrung und -bestimmung. Der
15 Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr.

16
17 Sport überwindet ethnische, soziale und Alters-Unterschiede. Er hat eine dauerhafte
18 integrative Wirkung.

19
20 Sport bietet für Kinder und Jugendliche vielfältige und unverzichtbare Möglichkeiten ihrer
21 Persönlichkeitsentwicklung und Bildung. Bereits im Kindergarten müssen die Weichen gestellt
22 werden, um die motorischen Fähigkeiten zu fördern und einen gesunden Lebensstil von Anfang
23 an zu unterstützen. Danach bieten Ganztagsangebote eine Chance, dass möglichst jedes Kind
24 und jeder Jugendliche seine sportlichen und motorischen Fähigkeiten entdecken, erfahren und
25 entfalten kann.

26
27 Die SPD in Düsseldorf will

- 28
29 → ein sportpolitisches Forum, in dem Vertreter von Vereinen, Verbänden und Politik
30 dringende Fragen zur Entwicklung der Sportstadt Düsseldorf erörtern.
- 31
32 → eine angemessene Sportinfrastruktur, die allen Schülerinnen und Schülern ein
33 differenziertes und qualitativ hochwertiges Sportangebot ermöglicht. Kooperationen
34 zwischen Schulen und Sportvereinen, insbesondere im Ganztagsbetrieb, sind
35 auszubauen.
- 36
37 → das Schulschwimmen besonders unterstützen.
- 38
39 → allen Bewohnern Angebote und Einrichtungen des Sports zugänglich und bezahlbar
40 machen, ungeachtet einer Vereinsmitgliedschaft.
- 41
42 → mehr Sport- und Bewegungsangebote für ältere Menschen.
- 43
44 → den Trendsportarten mehr Platz einräumen und Skater- und BMX-Anlagen einrichten.
- 45
46 → den Sport insgesamt fördern. Das bedeutet die Gleichwertigkeit von Breiten- und
47 Spitzensport.
- 48
49 → **Unterstützung der Sportvereine bei der Ausbildung von Übungsleitern.**

1 **Fazit Ausblick**

2
3 **Unser Handeln ist geprägt von Nachhaltigkeit: Entscheidungen müssen hinsichtlich ihrer**
4 **Auswirkungen sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Zukunft bewertet werden. Dabei**
5 **sind ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen.**
6

7 Finanz- und Wirtschaftskrise, weltweiter Klimawandel und demografischer Wandel sind
8 aktuelle und langfristige Herausforderungen, auch für unsere Stadt. Es gilt die richtigen
9 Entscheidungen für die Zukunft aller Bürgerinnen und Bürger Düsseldorfs vorzubereiten und zu
10 treffen.

11
12 In dem Wissen, dass es unmöglich ist, alle Aufgaben, Möglichkeiten und Chancen zuverlässig
13 vorherzusehen, wollen wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen uns auf fünf wichtige
14 Themen konzentrieren, die die Zukunft Düsseldorfs nachhaltig bestimmen.

15
16 **Unsere Kommunalpolitik fördert gute Arbeit und stabile Wirtschaft. Damit wollen wir**
17 **attraktive Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistung, eine florierende Wirtschaft, Ausbau**
18 **der Internationalität, ein zukunftsgerechtes Verkehrssystem und die Entwicklung lebendiger**
19 **Stadtteile realisieren.**
20

21 **„Chancengleichheit von Anfang an“ setzt die neuen Ziele für eine fortschrittliche Familien-**
22 **, Kinder- und Bildungspolitik.**
23

24 **„Düsseldorf - eine Modellstadt für nachhaltige Energiepolitik“ erhält Natur und Umwelt**
25 **auch für die nächsten Generationen und stützt die regionale Wirtschaftsentwicklung.**
26

27 **„Düsseldorf - die Stadt des Sports und der lebendigen Kultur“ fördert den Breiten- und**
28 **Spitzensport und setzt auf ein breites attraktives Kulturangebot für alle Bürgerinnen und**
29 **Bürger wie auch Besucher der Landeshauptstadt Düsseldorf.**
30

31 **„Starke Metropole – starke Region“ stellt sich in partnerschaftlicher Ausrichtung der**
32 **Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung Düsseldorfs unter Einbeziehung der**
33 **Chancen der Region. Düsseldorf lebt vom Umland, das Umland lebt von Düsseldorf.**
34

35 Düsseldorf gehört den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es uns Sozialdemokraten wichtig,
36 dass die Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen beteiligt werden. Wir setzen uns ein
37 für starke Bezirksvertretungen, die die Entwicklung lebendiger Stadtteile fördern. Wir wollen
38 eine offene Planungspolitik, die die Bürgerinnen und Bürger von Anfang an in die
39 Entscheidungsprozesse einbezieht.

40 Unser Handeln ist geprägt von Nachhaltigkeit: Entscheidungen müssen hinsichtlich ihrer
41 Auswirkungen sowohl auf die Gegenwart als auch auf die Zukunft bewertet werden. Dabei
42 sind ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichermaßen zu berücksichtigen.
43

44 Hierfür treten Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen ein.
45

46 **Vorstand der SPD Düsseldorf**
47
48

1 **Änderungsantrag Ä1**

2

3 **Änderungsantrag zu den „Kommunalpolitischen Leitlinien“**

4 **Antragsteller: OV Garath-Hellerhof**

5 **Votum der Antragskommission: Zustimmung in der Fassung der Antragskommission**

6

7 Wir beantragen, die vorliegenden "Kommunalpolitischen Leitlinien" wie folgt zu ergänzen:

8

9 Im Kapitel 6 "Verkehr" werden auf S.9 ab Zeile 32 die nachfolgenden Spiegelstriche
10 eingefügt

11 - ein Nahverkehrskonzept aufstellen, dass die schnelle und zuverlässige Anbindung der
12 Stadtteile am Stadtrand ~~vor allem im Düsseldorfer Süden an~~ die Innenstadt gewährleistet,

13 - sicherstellen, dass alle Stadtteile vor allem am Wochenende auch nachts per Bus oder
14 Straßenbahn erreichbar sind,

15 - eine direkte ÖPNV-Verbindung aus den südlichen Stadtteilen zur Universität schaffen.

16

17 Gez. Ursula Holtmann-Schnieder

18

1 **Änderungsantrag Ä2**

2
3 **Antragssteller: OV Benrath-Urdenbach**

4 **Adressat: SPD Düsseldorf**

5 **Votum der Antragskommission: siehe einzelne Absätze**

6
7
8 Der UB-Parteitag möge folgende Änderungen zu den Kommunalpolitischen Leitlinien der SPD
9 Düsseldorf zu übernehmen:

10
11
12 S.1, Rn. 4: Im Vorwort zu den Leitlinien wird ein kurzer Absatz über die erfolgreiche SPD-
13 Politik in der Vergangenheit eingeführt.

14 Im Anschluss an >Düsseldorf ist eine großartige Stadt – sozial, leistungsstark, lebenswert.>
15 folgt die Formulierung: „Die SPD Düsseldorf hat durch eine gute und verantwortungsvolle
16 Regierungstätigkeit in der Vergangenheit dazu wesentlich beigetragen, z. B. durch den Bau
17 des Rheinufertunnels unter unserer politischen Verantwortung.“

18 **Votum der AK: Ablehnung**

19
20 S. 1 Rn. 7: Im Anschluss an >Finanzkrise> folgt die Formulierung: „drohende massive
21 Arbeitsplatzverluste“.

22 Begründung: Bereits die „Task Force für Arbeit“ in Düsseldorf hat am 28.05.2009 vor einer
23 drohenden Entlassungswelle nach den Sommerferien gewarnt (Quelle: RP Düsseldorf,
24 29.05.2009, S. C2)

25 **Votum AK: Zustimmung in der Fassung der AK**

26
27 S. 2, Ziffer 1., Rn. 35 – 37: Die Forderung der SPD Düsseldorf zur Einführung eines
28 Bürgerhaushalts muss konkretisiert werden. Es ist für die Wählerschaft nicht verständlich
29 formuliert, was unter einem Bürgerhaushalt zu verstehen ist und wie die Bürgerinnen und Bürger
30 über die städtischen Finanzen mitentscheiden sollen.

31 Formulierungsvorschlag zum Bürgerhaushalt: „Die Bürgerinnen und Bürger sollten mehr
32 Mitsprache bei der Verwendung städtischer Finanzmittel haben. Dies gilt vor allem für die in
33 den Bezirken, also vor Ort, notwendigen Finanzentscheidungen. Wir fordern die Erstellung
34 eines Konzepts, einen „Bürgerhaushalt“ auch für Düsseldorf aufstellen zu können.“

35 **Votum AK: Annahme in der Fassung der AK**

36
37 Die Ausführungen zum Bürgerhaushalt sollten mit den Forderungen von Rn. 26 – 29 verbunden,
38 zumindest als Rn. 31 ff angefügt werden.

39
40 S. 2, unter Punkt 1 wird ein neuer Spiegelstrich eingeführt: „einen Integrationsrat schaffen, der
41 mehr Mitbestimmung für Migrantinnen und Migranten garantiert.“

42 **Votum AK: Kein Votum**

43
44 S. 5, Rn.. 39: „Berichtswesen über Armut“ wird durch den Ausdruck „Armutbericht“ ersetzt.

45 **Votum AK: Abgelehnt**

46
47 S. 5, Rn. 51: Es wird der Satz hinzugefügt: „Dabei sollen die vorhandenen Bürgerhäuser in
48 Düsseldorf ausgebaut werden.“

49 **Votum AK: Zustimmung in der Fassung der AK**

50
51 S. 6, Rn. 27: Die Überschrift zu Punkt 4 „Unsere Kommunalpolitik nimmt Verantwortung wahr“
52 wird ersetzt durch „Unsere Kommunalpolitik lehnt ‚Privat vor Staat‘ ab“.

53 **Votum AK: Abgelehnt**

54

1 S. 9, Rn. 28: Es wird hinzugefügt: „Deshalb werden wir uns massiv für den Erhalt des
2 Regionalbahnhofes Benrath einsetzen.“

3 **Votum AK: Zustimmung in der Fassung der AK**

4
5 S. 9, Rn. 2: Es wird hinzugefügt: “Eine Stärkung des Güterverkehrs über die Schifffahrtswege
6 soll auch kommunale Straßen entlasten. Dafür werden Häfen und Umschlagplätze benötigt.
7 Wir werden diese nötige Infrastruktur herstellen.“

8 **Votum AK: Abgelehnt, erledigt durch Kapitel Wirtschaft.**

9
10 In den Kommunalpolitischen Leitlinien sollen die Unterschiede zur CDU, aber auch zur FDP in
11 wesentlichsten Punkten und klar benannt werden.

12
13 Es muss eine klare Hierarchisierung der Forderungen geben, da die Bürgerinnen und Bürger
14 den Text der kommunalpolitischen Leitlinien nach Prioritäten gewichtet sehen. Der Text muss
15 nach Sachzusammenhängen gegliedert und nach Prioritäten geordnet werden.

16
17
18

1 **Änderungsantrag Ä3**

2

3 **Antragsteller OV Wersten**4 **verantwortlich: Norbert Fischer**5 **Votum AK: Erledigt durch die Fassung der Antragskommission**6 (Bitte beachten: Die Zeilennummerierung des Leitantrages hat sich verändert. Die angegebene
7 Nummerierung ist nicht mehr aktuell)

8

9 S. 1

10 Zeile 4 Einfügen: Wir Bürger und Bürgerinnen...

11 Zeile 9/10 Ganzen Satz streichen: Nur...möglich

12 Zeile 24– 30 Dieser Punkt ist unklar, deshalb präzisieren: Aufgabe dieser „Geschäftsstelle“ ist
13 was?

14 Zeile 34 Begriff Contracting erklären bzw. eindeutschen

15

16 S. 2

17 Zeile 35 Der Begriff „ Bürgerhaushalt“ bedarf der Erläuterung.

18

19 S. 3

20 Zeile 6 Streichen:die Standpfeiler für...

21 Zeile 36 Ergänzen:zu schaffen.

22 Zeile 48 Ergänzen: ... uns auf allen Ebenen stark...

23

24 S.4

25 Ergänzen im gesamten Kapitel 2: Die Forderung nach einer weiteren Gesamtschule!!!

26 Zeile 4 Ergänzen : ...und personell abgesichert werden.

27

28 S. 5

29 Zeile 9 Ergänzen : ... aller Schichten, jeder Herkunft ...

30 Zeile 12 Korrigieren: demographischen

31

32 S. 6

33 Zeile 7 Entweder ergänzen: ...einen energetisch effizienten, sozialen...

34 oder den Zusammenhang weiter erläutern.

35

36 S. 7

37 Allgemein: Den Begriff der Daseinsvorsorge erläutern.

38 Zeile 26/27 einmal Grundlage durch ein anderes Wort ersetzen/streichen

39

40 S. 8

41 Zeile 30 Streichen:...für weniger Verkehr...

42 Zeile 33 Streichen: ...Verkehrssystem zu aufzubauen.

43

44 S. 9

45 Zeile 13/14 Ganz streichen, ist identisch mit 19/20

46

47 S. 10

48 In das Kapitel 7 (oder alternativ 6) einen weiteren Spiegelstrich einfügen:

49 - Maßnahmen zum Schutz vor Verkehrslärm forcieren, soweit dies in der kommunalen
50 Zuständigkeit möglich ist. Dazu gehören auch der verstärkte Einbau von lärmminderndem
51 Flüsteraspalt sowie die Begrünung von Gleisbereichen. Soweit diese Maßnahmen in die
52 Zuständigkeit von Bund und Land fallen, werden wir dort auf ihre Umsetzung drängen.

53 Zeile 5/6 Ganz streichen weil Sprechblase

54 Zeile 29 Einfügen ...Kraft-Wärmekopplung(KWK)...

- 1 Zeile 36 Ganz streichen
2
3 S. 11
4 In das Kapitel 8 einen Spiegelstrich einfügen:
5 - allen Bevölkerungsgruppen ein breites Angebot machen, sich kulturell zu betätigen. Freien
6 (Amateur)Chören, Bands, Amateurorchestern, Amateurtheatern und Malgruppen werden wir
7 vielfältige Proben- und Aufführungsmöglichkeiten kostengünstig anbieten und professionelle
8 Unterstützung (Dirigenten und Regisseure) gewähren. Bestehende Angebote werden
9 ausgeweitet.
10 Zeile 50 Korrigieren: Kulturschaffenden
11
12 S. 12
13 Zeile 13 Den Begriff Interkultur erklären
14
15 S. 13
16 Zeile 50 Ergänzen: ...ältere Menschen ausbauen.
17
18 S. 14
19 Zeile 1-3 Ganz streichen
20 Zeile 8 Ganzen Satz streichen
21

1 **Änderungsantrag Ä4**

2 **Antragsteller: Ortsverein Gerresheim-Torfbruch**

3 **Votum AK: Erledigt durch die Fassung der Antragskommission**

4

5

6 Seite 2 nach Zeile 29 einen Spiegelstrich ergänzen:

7 (Deshalb werden wir)

8 auf Anregungen und Kritik wichtiger Bevölkerungsgruppen nicht verzichten. Jugendrat,
9 Senioren- und Ausländerbeirat sind Instrumente kommunaler Demokratie. Jugendliche werden
10 so an demokratische Entscheidungsstrukturen herangeführt. Das Erfahrungswissen älterer
11 Menschen ist unverzichtbar. Der Ausländerbeirat muss zu einem Integrationsausschuss mit
12 Entscheidungskompetenz werden.

13

14 **Begründung:**

15 Zur lebendigen Demokratie und Toleranz gehören nicht nur Bürgerbegehren,
16 Bezirksvertretungen, Ehrenamt, Schwule und Lesben sondern auch die unter großen Mühen
17 installierten Beratungsgremien wie Jugendrat und Seniorenbeirat. Wir sollten deutlich machen,
18 dass wir zu diesen Einrichtungen stehen, und uns für einen Integrationsausschuss einsetzen.

19

20

21 Seite 8 nach Zeile 15 einen Spiegelstrich einfügen:

22 (Wir wollen)

23 den Wissenstransfer zwischen Universität, Fachhochschule und Wirtschaft fördern, um
24 zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu schaffen.

25

26 **Begründung:**

27 Über das Life-Science-Center und den Sirius Seedfonds hinaus ist es notwendig,
28 Unternehmensgründungen aus dem Forschungsbereich heraus zu unterstützen.

29

30

31 Seite 13 in Zeile 21 ergänzen:

32 (Der Sport nimmt wichtige soziale und gesellschaftliche Funktionen wahr)

33 und ist deshalb gegen egoistische Anfeindungen Einzelner zu schützen.

34

35 **Begründung:**

36 Leider kommt es immer wieder vor, dass einzelne Nachbarn von Sportstätten Trainings- und
37 Spielbetriebsbeschränkungen wegen des Sportlärms durchsetzen, auch wenn die Sportanlage
38 schon lange Zeit vor der Errichtung ihres Hauses existierte. Eine deutliche Positionierung
39 zugunsten des Sports ist notwendig.

40

41 Für den Antragsteller: Helga Leibauer

42

1 **Änderungsantrag Ä5**

2

3 **Antragssteller: Ortsverein Bilk**

4 **Votum AK: Erledigt durch die Fassung der Antragskommission**

5

6

7 Streiche S. 12 Zeile 13 „Besonders der Bereich der Interkultur muss einen hohen Stellenwert in
8 der Kulturpolitik gewinnen.“

9

10 Füge stattdessen ein: „Besonders interkulturelle Erziehung und interkulturelle Kommunikation
11 müssen in der Kulturpolitik den Stellenwert einnehmen, der ihnen in einer Stadt mit
12 internationaler Ausrichtung gebührt. Konkret verfolgt ein interkultureller Ansatz folgende Ziele:
13 das Fördern des Verständnisses unterschiedlicher Perspektiven, das Aushalten von
14 Widersprüchen, die Erziehung zu Respekt vor anderen Menschen und der Abbau von
15 Vorurteilen.

16

17 Begründung: Der Begriff der „Interkultur“ als solcher ist nicht gebräuchlich. Wir hoffen, so wird
18 das vom Antragssteller Gemeinte in der Formulierung klarer.

19

20

1 **Änderungsantrag Ä6**

2 **Antragsteller: Ortsverein Friedrichstadt**

3 **Votum AK: Erledigt durch die Fassung der Antragskommission**

4
5

6 Der Parteitag möge beschließen:

7

8 Die Düsseldorfer Hochschulen als Wirtschaftsfaktor sind in dem Entwurf bisher nicht
9 angemessen berücksichtigt. Daher wird der folgende Absatz in Abschnitt 5. ‚Gute Arbeit und
10 stabile Wirtschaft‘ eingefügt.

11
12

13 Ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen sind gut ausgebildete Mitarbeiter. Im
14 Bildungssektor spielen die Düsseldorfer Hochschulen eine entscheidende Rolle. Die Hochschulen
15 sind selbst wichtige Arbeitgeber. Wir wollen eine stärkere Vernetzung von Universität, Stadt
16 und Wirtschaft durch vielfältige Kooperationen. Hierbei kommt dem einzurichtenden
17 Wissenschaftsrat Düsseldorf eine wichtige Rolle zu.

18
19

20 **Begründung:**

21 Bei Bedarf mündlich.

22

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22

Änderungsantrag Ä7
OV Holthausen – Itter – Himmelgeist
Votum AK: Überweisung an Stadtbezirk/OV

Auf Seite 12, Zeile 15 einen Spiegelstrich einfügen:

Die SPD Düsseldorf setzt sich für die Errichtung eines Industriemuseums im Süden der Stadt ein.

Begründung:

Die Bedeutung der Industrie für Düsseldorf und die Region wird oft vergessen (Stichwort: Düsseldorf als Schreibtisch des Ruhrgebiets). Besonders im Düsseldorfer Süden ließe sich die geschichtliche Entwicklung unter Einbeziehung dort ansässiger großer Firmen und mit der Beteiligung der Heinrich-Heine-Universität dokumentieren und vermitteln. Durch ein solches Projekt könnten außerdem innovative museumspädagogische Angebote für die Bildungslandschaft in unserer Stadt entstehen.

1 **Änderungsantrag Ä8**
2 **Ortsverein Unterbilk-Hamm-Hafen**
3 **Votum AK: Erledigt durch die Fassung der Antragskommission**

4

5

6

7

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

8

9

Änderung folgender Passagen im Entwurf des Kommunalwahlprogramms

10

11

Seite 6: - den Wohnungsbau fördern, um bezahlbaren attraktiven Wohnraum, vor allem für junge Familien zu schaffen, dazu gehört auch die Förderung bezahlbarer Grundstücke für den Einfamilienhausbau. Der barrierefreie Umbau von älteren Wohnhäusern ist Bestandteil einer sozialdemokratischen Wohnungspolitik. Planerisch werden wir neue Wege gehen, damit Quartiere entstehen, in denen sich die Menschen wohl fühlen.

16

17

Seite 11: - die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie prüfen.
ersetzen durch – uns für die Beteiligung an Windkraftanlagen einsetzen.

18

19

20

Peter Hansen

21

1 **Änderungsantrag Ä9**

2

3 **Antragsteller: OV Wersten**

4 **verantwortlich: Norbert Fischer**

5 **Votum der AK: Zustimmung**

6

7 Kapitel 2: Unsere Kommunalpolitik fördert Chancengleichheit...

8

9 Seite 5 /Zeile 20 (oder an anderer passender Stelle) einen Spiegelstrich einfügen:

10

11 - eine weitere Gesamtschule errichten, um der großen Nachfrage der Eltern für diese
12 Schulform, die über das derzeitige Angebot hinausgeht, gerecht zu werden.

13

14 Gez. Norbert Fischer

15

1 **Antrag 2**

2 **Einstimmig angenommen**

3 Antragsteller: AfA

4 Adressat: Stadtratsfraktion der SPD Düsseldorf

5 Votum der Antragskommission: Zustimmung/Überweisung an Ratsfraktion

6

7

8 **Betr.: Erhaltung der Anwendungsadministration in der Verwaltung**

9

10 Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

11

12 **Die SPD-Fraktion im Stadtrat wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, die**
13 **Anwendungsadministration innerhalb der Düsseldorfer Verwaltung bei zu behalten.**

14

15 **Begründung:**

16

17 Die Antragsteller wollen gewährleisten, dass die Mitarbeiter der Düsseldorfer Verwaltung eine
18 zuverlässige Anlaufstelle vor Ort bei EDV-Problemen haben.

19

20 Nachdem die Serveradministration der Gemeinden Düsseldorf und Neuss in einem
21 gemeinsamen Rechenzentrum zusammen gefasst wurde, besteht die Befürchtung, dass die
22 Anwendungsadministration ebenfalls zentralisiert wird.

23 Dies führt allerdings zu einem Wegfall einer notwendigen Beziehung zwischen Kunde und
24 Administrator, da bei einer ausnahmslos auf Callaufnahme basierendes
25 Fehlerbehebungssystem der Administrator nicht mehr in die Lage versetzt werden kann, die
26 Vorlieben und Bedürfnisse seines Kunden in ausreichender Form kennen zu lernen. Hier ist zu
27 beachten, dass die Arbeit des Anwendungsadministrators über die reine Tätigkeit der
28 Fehlerbehebung hinaus geht. Er übernimmt darüber hinaus die Aufgabe, Anwender von
29 Neuerungen ihrer Anwendungssoftware zu unterweisen. Daneben kann er in einem direkten
30 Gespräch auf mögliche Wünsche und Anregungen seitens der Kunden eingehen.

31

32 Diese zuletzt angeführten Möglichkeiten würden wegfallen, sollte eine zentrale Administration
33 der Anwendungssoftware nur noch von Neuss aus per Remoteverbindung gegeben sein.

34

35

1 **Antrag 3**

3 **Begrenzung und Transparenz bei Staatshilfe**

4 **Mit 1 Gegenstimme 3 Enthaltungen Votum AK angenommen**

5 **Antragsteller: AGS Düsseldorf**

6 **Adressat: SPD Düsseldorf, SPD NRW, SPD Bundespartei**

7 **Votum AK: Ablehnung**

9 Die Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen in Düsseldorf fordert die Partei auf, sich im
10 Rahmen aller Maßnahmen gegen die Folgen und zur Überwindung der Wirtschaftskrise in
11 Bund, Ländern und Gemeinden für die Begrenzung staatlicher Interventionen auf dem Gebiet
12 der Wirtschaft und die umfassende Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Mitteln
13 einzusetzen.

15 **Begründung:**

17 Außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Das ist immer
18 zutreffend, solange es darum geht, drohende Zusammenbrüche finanzwirtschaftlicher
19 Schlüsselinstitutionen sowie eine Beeinträchtigung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands
20 abzuwenden, wobei die internationale Verantwortung des Landes zu keiner Zeit außer Acht
21 gelassen werden darf und sämtliche protektionistischen Tendenzen unterbunden werden
22 müssen, um nachhaltige Schäden am Binnenmarkt der Europäischen Union und am
23 Welthandelssystem zu verhindern.

25 Die Lehre aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise darf allerdings gerade nicht sein, dass
26 ein historisches Marktversagen durch eine Rückkehr zum starken Staat und dem Primat der
27 Politik zu heilen ist. Der Staat darf sich trotz der Wirtschaftskrise nicht zu einem dauerhaften
28 Akteur am Markt aufschwingen. Gerade das unprofessionelle Engagement vieler
29 Landesbanken, bei dem das Geld des Steuerzahlers in unverantwortlicher Weise verbrannt
30 wurde, sollte als mahnendes Beispiel nicht in Vergessenheit geraten. Genauso wenig außer
31 Acht gelassen werden sollte, dass fahrlässige Fehler der Wirtschaftspolitik und der
32 Finanzaufsicht die Wirtschaftskrise in ihrer heutigen Dimension erst ermöglicht haben. Daher
33 sollte die Politik ganz konsequent daran arbeiten, aus ihrem unfreiwilligen Bankenengagement
34 wieder auszusteigen und zeitgleich Kompetenzen aufbauen, die eine
35 Versorgung der Volkswirtschaft mit Krediten bzw. die Aufgabenwahrnehmung seitens des
36 Finanzsektors für die Volkswirtschaft sicherstellen, ohne dass systemische Risiken in Zukunft auf
37 Dritte oder den Staat abgewälzt werden können.

39 Die bewusste Bereitschaft von Menschen oder Unternehmen ein Risiko einzugehen ist
40 Wesensmerkmal eines gesunden Kapitalismus, der Motor für künftiges Wachstum und
41 gesellschaftlichen Fortschritt ist. Für einen Staat gilt es, die Balance zwischen Gewinnen und
42 Verlusten zu wahren: Kapitalismus für Gewinne und Sozialismus für Verluste ist mit
43 sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik nicht in Einklang zu bringen. Der Staat muss sich daher
44 dafür einsetzen, damit Märkte reibungslos funktionieren – aber gerade nicht, damit einzelne
45 Marktteilnehmer überleben.

47 Um zu erwartende Wettbewerbsverzerrungen im Zuge der beschlossenen Maßnahmen gegen
48 die Wirtschaftskrise eindeutig zu begrenzen ist bei der Vergabe öffentlicher Mittel
49 höchstmögliche Transparenz notwendig. Denn allein im Rahmen der Konjunkturpakete können in
50 den nächsten Jahren auf der kommunalen Ebene deutlich mehr Aufträge als bisher ohne oder
51 aber mit beschränkter Ausschreibung vergeben werden. Gemeinsam mit Angaben des neuen
52 Wirtschaftsfonds Deutschland bietet es sich an, dem Vorbild der US-Regierung zu folgen, und
53 auf einer zentralen Website Auskunft über alle Ausgaben des Staates in Bund, Ländern und
54 Gemeinden zu geben.

1 **Initiativantrag Jusos**

2
3 Für mehr Sicherheit und Attraktivität in der Düsseldorfer Altstadt.

4
5 **Antrag angenommen**

6
7 **Antragssteller: Jusos Düsseldorf**

8 **Adressat: SPD Düsseldorf und SPD-Ratsfraktion**

9 **Votum AK: Ablehnung**

10
11
12 Der Parteitag der SPD Düsseldorf möge beschließen:

- 13
14 1. Die SPD Düsseldorf spricht sich gegen ein generelles Alkoholverbot unter freiem Himmel
15 in der Düsseldorfer Altstadt aus, bevor nicht feststeht das mildere Mittel das
16 Sicherheitsproblem lösen
17
- 18 2. Zur Verbesserung der Sicherheitslage soll ein Verbot für Glasflaschen und allgemein
19 Waffen in der Altstadt umgesetzt werden, damit bei möglichen gewalttätigen
20 Auseinandersetzungen keine Flaschen als Wurfgeschosse oder Stichwaffen eingesetzt
21 werden können.
22
- 23 3. Sollte nach Ablauf eines Jahres das Glasflaschenverbot die Sicherheitssituation der
24 Altstadt nicht verbessert haben, so wird die SPD Düsseldorf ein zeitlich und räumlich
25 begrenztes Alkoholkonsumverbot in den Straßen und Plätzen der Altstadt in Erwägung
26 ziehen.
27
- 28 4. Die SPD Düsseldorf fordert zudem für Düsseldorf ein umfassendes Konzept zur
29 Alkoholprävention gegen Alkoholmissbrauch und Zukunft der Altstadt ein, damit
30 langfristig ein verantwortungsvoller Umgang mit Alkohol gewährleistet ist. Dabei sollen
31 folgende Punkte berücksichtigt werden:
32
- 33 • Eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gefährdung durch
34 übermäßigen Alkoholmissbrauch.
35
 - 36 • Maßnahmen der Ordnungsbehörden zur konsequenten Umsetzung der
37 Jugendschutzbestimmungen.
38
 - 39 • Runder Tisch aus Hauseigentümern in der Altstadt, Gemeinschaft der
40 Altstadtwirte und Politik zur Erarbeitung konsensualler und die Attraktivität der
41 Altstadt steigernder Maßnahmen sowie zur Diskussion über Anforderungen an
42 die Altstadt von morgen
43
 - 44 • Einbeziehung des Jugendrates zum Vorgehen bei Alkoholprävention und
45 Sicherheitsmaßnahmen in der Altstadt
46
47
 - 48 • Einschränkung und Verbot von Alkoholwerbung (ggf. durch Gesetzgebung und
49 Initiativen auf nächsthöheren politischen Ebenen)
50
 - 51 • Diskussion des Themas Alkoholprävention auf Elternabenden.
52

- 1 • Seminare für Verkaufspersonal und Angestellte in Gaststätten zur Vermittlung
- 2 von Handlungssicherheit beim Verkauf von Alkohol.
- 3
- 4 • Leitfaden für Sportvereine; Fortbildungen für Jugendtrainerinnen und -trainer.
- 5

6 **Begründung:**

7

8 Allgemeine Alkoholverbote können die aktuelle Problematik in der Düsseldorfer Altstadt nicht

9 ausreichend stoppen. Ob die Anzahl der betrunkenen Gewalttäter durch einen zeitlich

10 beschränkten Konsum von Alkohol im öffentlichen Raum tatsächlich reduziert werden kann, ist

11 mehr als fraglich. Denn wer trinken möchte, wird in den zahlreichen Kneipen und Clubs

12 weiterhin uneingeschränkt Alkohol zu sich nehmen können oder dies vor dem Besuch der

13 Altstadt tun („Vorglühen“). Wir sehen mit dem Verbot von Glasflaschen in der Altstadt

14 („Hamburger Modell“) den effizienteren Weg zur Vermeidung von Gewalt und Verletzungen

15 in der Altstadt.

16

17 Dabei wären die negativen Folgen eines beschränkten Alkoholkonsums weitaus gravierender

18 als die erhofften Effekte:

19

20 Wegen einer geringen Anzahl von Gewalttätigen würden die individuellen Freiheitsrechte der

21 Bürgerinnen und Bürger massiv eingeschränkt werden

22 Die Altstadtproblematik würde sich voraussichtlich auf andere Straßenzüge und Ortsteile

23 verlagern; die Sicherheit der Ortsteile könnte somit abnehmen bzw. Schaden nehmen

24 Das sonst so seltene Zusammentreffen von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen z. B. an

25 der Rheintreppe am Burgplatz würde wegfallen.

26

27 Es lässt sich schlussfolgern, dass eine so weitgehende Maßnahme wie ein Alkoholverbot der

28 Situation als erste Reaktion nicht angemessen ist. Die Konsequenzen sind erstens nicht absehbar

29 (Problemverlagerung auf Stadtteile) und zweitens in einer gesellschaftspolitischen Dimension

30 problematisch. Starke Restriktion ohne garantierte Erfolge ist keine prioritäre und optimale

31 sozialdemokratische Antwort auf öffentliche Probleme. Es bestehen zunächst alternative, und

32 zwar gemäßigte, langfristige und umfassendere Lösungen zur Überwindung der

33 Sicherheitsgefährdungen in der Altstadt. Die oben genannten Gegenmaßnahmen wären der

34 Sachlage angemessen, weil durch sie die Gefahr der Glasscherben, die laut Polizeipräsident

35 Schenkelberg eines der schwerwiegendsten Probleme für die allgemeine Sicherheit in der

36 Altstadt darstellen, gebannt wäre, und gleichzeitig die Wurzel von problematischem

37 Alkoholkonsum über einen präventiven Maßnahmenkatalog angegangen werden würde.

38 Neben diesen präventiven Aspekten sollte eine stärkere Kooperation und Kommunikation

39 zwischen Gastwirten, Hauseigentümern und Politik auch neue Impulse für grundsätzlichere

40 Überlegungen zur Zukunft der Altstadt bringen (Stichwort Vermeidung der

41 „Ballermannisierung“). Die ersten Schritte zu einer angemessenen Problembewältigung müssen

42 wie oben beschrieben geprägt sein. Eine restriktivere Politik darf nur das letzte Mittel bleiben.

43 Denn die Jusos Düsseldorf wollen eine Sozialdemokratie, die sich bei der Gestaltung der

44 urbanen Stadtgesellschaft auf ein liberales und an den Bürgerrechten orientiertes Profil

45 besinnt. Die Idee des gesellschaftlichen Liberalismus darf im politischen Wettbewerb nicht

46 durch die populistisch agierende FDP monopolisiert werden. Die SPD kann so dafür sorgen,

47 dass die Altstadt das Herz unserer Stadt bleibt, ohne die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer

48 unnötig zu reglementieren. Sollte das Glasflaschenverbot entgegen den Erwartungen keine

49 positiven Wirkungen zeigen, würde die SPD Düsseldorf ihre politische Verantwortung

50 wahrnehmen und in Zusammenarbeit mit der Polizei über weitergehende Lösungen sprechen.

51

52 Weitere Begründung erfolgt mündlich

53

54 Jusos Düsseldorf

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21

Bildungspolitische Resolution

OV Hubbelrath

Einstimmig angenommen

Der Unterbezirksparteitag erklärt seine Solidarität mit

1. den streikenden Studenten und Schülern, die für bessere Bildungspolitik in dieser Woche demonstrieren. Chancengleichheit, Gebührenfreiheit kein Turboabitur, längeres gemeinsames Lernen, Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, sinnvolle Umsetzung des Bolognaprozesses (Bachelor/Master), das alles sind bildungspolitische Forderungen der SPD – wir unterstützen die Streikenden in Ihrem Protest gegen die Landesregierung.
2. den Erzieherinnen und Sozialpädagoginnen und – arbeiterinnen, die durch Ihren Streik auf die Missstände bzgl. Ihrer beruflichen Situation aufmerksam gemacht haben. Bessere Bezahlung, Weiterbildung und berufliche Aufstiegsmöglichkeiten sowie verbesserter Gesundheitsschutz sind Forderungen, die die SPD unterstützt